

Information nach § 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

im Zusammenhang mit der Bearbeitung Ihres Antrags auf Sozialleistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) / AsylbLG

Ab dem 25.05.2018 gilt mit der DSGVO ein neuer Rechtsrahmen für den Datenschutz in Deutschland und in der Europäischen Union. Sowohl die neue DSGVO als auch nationale Regelungen enthalten Vorschriften zur Datenverarbeitung und zu Rechten von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Daher werden Sie auf Folgendes hingewiesen:

Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung, Dauer der Speicherung

Soweit es für die Bearbeitung Ihres Sozialhilfeantrags im Einzelfall erforderlich ist, werden Ihre persönlichen Daten (z.B. Personalien, Anschrift, Kontaktdaten, wirtschaftliche Verhältnisse, Familienverhältnisse, Versicherungsstatus, Wohn- und Lebensumstände, Aufenthaltsstatus, gesundheitsbezogene Daten wie z.B. Art und Auswirkung einer Behinderung, Pflegegrad) manuell bzw. automatisiert verarbeitet, insbesondere erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert und übermittelt.

Soweit es zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlich ist, kann das Sozialamt auch Daten, die von anderen Stellen erhoben wurden (z.B. von anderen Leistungsträgern, Finanzbehörden, Bildungseinrichtungen, medizinischen oder therapeutischen Einrichtungen, Leistungsanbietern, anderen Behörden) von diesen Stellen einholen.

Ihre Daten werden erhoben, um prüfen zu können, ob ein Anspruch auf Sozialleistungen besteht und um bestehende Ansprüche erfüllen zu können. Wird eine Sozialleistung gewährt, können Ihre Daten darüber hinaus zur Prüfung, Geltendmachung und Durchsetzung potentieller Rückforderungsansprüche (Kostenerstattung, Aufwendersatz, Unterhalt) sowie zur Sicherung von Rückforderungsansprüchen gespeichert oder genutzt werden.

Wird eine Sozialleistung als Darlehn erbracht, werden Ihre Daten auch zur Rückabwicklung des Darlehns gespeichert und genutzt.

Darüber hinaus werden Ihre Daten in anonymisierter Form zu Statistik- und Steuerungszwecken gespeichert und genutzt.

Die Erhebung dieser Daten ist gemäß § 67a SGB X zulässig, soweit ihre Kenntnis zur Aufgabenerfüllung notwendig ist.

Ihre Daten werden auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c und e DSGVO in Verbindung mit §§ 67a bis 78 SGB X und §§ 60 bis 67 SGB I verarbeitet. Das Sozialamt benötigt Ihre Daten, um prüfen zu können, ob die Leistungsvoraussetzungen gegeben sind. **Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden.** Aufgrund fehlender Mitwirkung (§§ 60, 66 SGB I) kann Ihr Antrag abgelehnt werden.

Datenübermittlung

Soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist, werden Ihre Daten weitergegeben an:

- hausinterne Stellen (z.B. Stadtkasse zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs und Durchsetzung von Forderungen, Registratur zur Zwischenarchivierung, Archiv zur Langzeitarchivierung nach Archivgesetz –ArchivG NRW-, Wohngeldstelle bzgl. Warteliste für Wohnungen)
- externe Stellen (z.B. Kreisgesundheitsamt zur Prüfung der Erforderlichkeit von Pflegehilfsmitteln, Medizinischer Dienst der Krankenkassen zur Begutachtung des Gesundheitszustandes, Regio-IT Aachen zur automatischen Datenverarbeitung, Sozial- und Verwaltungsgerichte)

Darüber hinaus werden Ihre Daten an Dritte außerhalb der Stadtverwaltung nur weitergegeben, soweit und solange die Stadtverwaltung gesetzlich oder durch richterliche bzw. staatsanwaltliche Anordnung dazu verpflichtet ist oder eine Einwilligung Ihrerseits vorliegt.

Löschfrist

Ihre Daten werden bis zur vollständigen Erfüllung des Leistungsanspruchs und eines etwaigen Rückforderungsanspruchs gespeichert. Rechtsbegründende Unterlagen werden nach Abschluss des Zahlungsvorgangs weitere sechs Jahre gespeichert. Die Frist beginnt ab dem 1. Januar des Folgejahres nach Abschluss des Zahlungsvorgangs.

Im Rahmen des ArchivG NRW sind alle Unterlagen nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist dem Archiv zur Langzeitarchivierung anzubieten. Lehnt das Archiv die Langzeitarchivierung ab, werden die Akten vernichtet bzw. die Daten gelöscht.

Betroffenenrechte

Nach der DSGVO stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- a) Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das **Recht auf Auskunft** über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DSGVO).
- b) Sollten unrichtige oder unvollständige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein **Recht auf Berichtigung** zu (Art. 16 DSGVO).
- c) Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die **Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung** verlangen sowie **Widerspruch gegen die Verarbeitung** einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- d) Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein **Recht auf Datenübertragbarkeit** zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft das Sozialamt der Stadt Troisdorf, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein **Beschwerderecht** bei der Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Auffassung sind, dass die Datenverarbeitung rechtswidrig erfolgt.

Wenn Sie in die Verarbeitung durch das Sozialamt der Stadt Troisdorf durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die **Einwilligung** jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt. Aus Gründen der Rechtssicherheit empfiehlt es sich, die Einwilligung schriftlich zu widerrufen.

Kontakt Daten des Verantwortlichen

Stadt Troisdorf, Der Bürgermeister, Kölner Str. 176, 53840 Troisdorf, Tel. 02241/9000, Fax. 02241/900800, E-Mail: rathaus@troisdorf.de
Fachabteilung: Sozial- und Wohnungsamt

Kontakt Daten des Datenschutzbeauftragten

Stadt Troisdorf, Datenschutzbeauftragter, Kölner Str. 176, 53840 Troisdorf, Tel. 02241/900331, Fax. 02241/9008331, E-Mail: datenschutz@troisdorf.de

Kontakt Daten der Aufsichtsbehörde

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW, Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211/384240, Fax. 0211/3842410, E-Mail poststelle@ldi.nrw.de.